

str!ker

Zeitung zum bundesweiten Bildungsstreik 2010



KRIEGSERKLÄRUNG AN DIE JUGEND

Nach mir die Sintflut. Roland Koch, Ministerpräsident von Hessen, macht wieder von sich reden. Bekannt geworden einerseits durch seine rassistische Wahlkampfthorik, mit der er versuchte Stimmen im rechten Lager zu sammeln. Etwa als er darauf hinwies, dass vor allem ausländische Jugendliche straffällig würden und bei solch einem Verhalten besser abgeschoben werden sollten. Auch bekannt dadurch, dass Studierende ihn durch monatelange Proteste zu Fall brachten und später so unter Druck setzten, dass er seinen Plan, in Hessen die Studiengebühren wieder einzuführen, verwerfen musste.

Fortsetzung folgt auf Seite 2

Reiche Eltern für alle? 03

Schule im Kapitalismus 07

Angriff auf das Klassenzimmer 04

Wessen Schule? Unsere Schule! 13



Fortsetzung von Seite 1:

Nun hat Roland Koch seinen Rücktritt angekündigt, weil er – ein Schelm, wer Böses dabei denkt – in die Privatwirtschaft wechseln möchte. Jedoch nicht ohne vorher zu fordern, in den Bereichen Jugend und Bildung zu sparen. Einige mögen bei solch bescheuerten Vorschlägen schmunzeln, zumal Bundeskanzlerin Merkel und der Rest der CDU die Forderung zurückweist. Doch sollte man sich angesichts der anhaltenden Finanzkrise nicht zu sicher sein, dass es dabei bleibt. Der Euro brennt und die Schuldenbremse rückt näher. Kürzungen drohen, auch zu Lasten der Jugend. Und Roland Koch will nochmal so richtig auf den Kabinetttisch hauen, bevor er die Politbühne verlässt.

„Wir haben uns hier und da zu Projekten entschlossen, die möglicherweise sehr viel teurer werden als zunächst gedacht: etwa die Garantie des Betreuungsplatzes für Kinder unter drei Jahren. Wir müssen prüfen, ob das noch finanzierbar ist“

so Roland Koch gegenüber dem Hamburger Abendblatt. Suggestiert wird dabei, dass man sich mit ein paar Vorhaben übernommen habe und man den Kurs, den man bereits eingeschlagen hatte – hin zu einer Verbesserung der Situation im Bildungsbereich – korrigieren müsse. Kein Wort darüber, wer eigentlich die VerursacherInnen der Krise sind. Die nämlich wurden zuletzt immer wieder mit Steuergeldern gerettet, während nun junge Menschen dafür aufkommen sollen. Der SPIEGEL schreibt, dass die Gefahr droht, dass an den Schulen weiter der Putz bröckelt, „während die Bankenturme blitzen“. Koch wirft man zu Recht „Gegenwartsegoismus“ vor.

In Hessen macht Koch im Kleinen vor, was er im Großen für die Bundesebene vorschlägt. Dort wurde gerade ein Hochschulpakt von allen Hochschulleitungen unterzeichnet, die sich selbst verpflichten, von 2011 bis 2015 jedes Jahr 30 Millionen Euro einzusparen. Und das, obwohl die Bildungsproteste der vergangenen Monate zum Ausdruck brachten, dass das Bildungssystem bereits jetzt gnadenlos unterfinanziert ist. Besonders bezeichnend ist, dass die Kürzungen im Bereich Lehre anfallen, nicht etwa bei der Forschungsexzellenz. Elitenbildung geht also weiter, während die breite Studierendenschaft die Auswirkungen der

Kürzungen direkt spüren wird: noch vollere Seminare und Vorlesungen, immer weniger und schlechter bezahltes Lehrpersonal und somit mangelhafte Betreuung. Doch nicht nur die Studierenden bekommen die Krise zu spüren. Die Quote derjenigen Azubis, die nach der Ausbildung von ihrem Betrieb übernommen werden, sinkt weiter. Immer mehr junge Menschen schaffen gar nicht erst den Einstieg in den Arbeitsmarkt und schlagen sich mit schlecht oder gar nicht bezahlten Praktika durch. Die SchülerInnen, die im Bildungstreik unter anderem kleinere Klassen und mehr LehrerInnen forderten, werden weiterhin darauf warten müssen, dass sich etwas tut. Dass gegen die Bildungsmisere in irgendeiner Form vorgegangen wird, ist nicht zu erwarten. Im Gegenteil.

Ab 2011 will die Bundesregierung jedes Jahr 10 Milliarden sparen, so haben es SPD und CDU, Grüne und FDP mit der Schuldenbremse gemeinsam beschlossen. Wo das Geld herkommen soll, ist noch nicht gesagt. In der Vergangenheit wurde aber immer bei denen gekürzt, die eh schon zu wenig zum Leben haben: bei Erwerbslosen und ArbeitnehmerInnen, bei RentnerInnen ebenso wie bei den jungen Menschen. Die Prognose lautet, dass die Hartz-IV-Regel-sätze zusammengestrichen werden, dass weiter auf Niedriglöhne statt auf Mindestlohn gesetzt wird und dass es eben doch keine Investitionen in der Bildung geben wird. Im Gegenteil: Bildung wird weiter rationalisiert und privatisiert werden, wenn wir uns nicht zur Wehr setzen. Gemeinsam mit anderen Betroffenen müssen wir Widerstand organisieren. Der Bildungstreik und die Krisendemos bieten eine gute Gelegenheit auf die Straßen zu gehen und dem Koch auch noch die letzte Suppe zu versalzen. Und Eines ist klar: Selbst wenn Koch geht, die schwarz-gelbe Regierung bleibt vorerst und mit ihr eine jugendfeindliche Politik.

[Katharina Dahme]

Inhalt

Kriegserklärung an die Jugend 02

Reiche Eltern für alle? 03

Angriff auf das Klassenzimmer 04

Die Unis rüsten auf 06

Schule im Kapitalismus 07

Eine Schule für alle 08

„Sag` mir, woher du kommst und ich sag` dir, auf welche Schule du gehst“ 09

Ausbildung für alle - von wegen 10

Arbeit schadet nicht, oder? 11

Schafft zwei, drei, viele Bildungstreiks 12

Wessen Schule? Unsere Schule! 13

Gipfel des Schavansinns 14

Kampf gegen Bologna europaweit 15

Wer wir sind: Linksjugend [`solid] 16

Impressum:

HerausgeberIn: Linksjugend [solid] e.V.
kleine Alexanderstr. 28 10178 Berlin
Redaktion: Katharina Dahme; Nele Hirsch;
Juliane Pfeiffer; Carla Dietrich; Paula Rauch;
Florian Häber; Kaspar Scholemann;
Julia Range; Ole Guinand; May Blank;
Jasper Prigge; Niema Movassat
Druck: Nordostdruck
Gestaltung: sue@pixel-fly.de
1.Auflage, Berlin, Mai 2010.



Reiche Eltern für alle?



Deutschland schneidet nicht nur bei den PISA-Studien schlecht ab. Auch wenn es darum geht, wieviel Geld ein Staat in die Bildung investiert, steht Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten gar nicht gut da. Am fehlenden Geld kann nicht liegen. Deutschland ist seit Jahren Exportweltmeister und selbst in der Krise war es möglich, in kürzester Zeit Milliardenpakete für die Rettung der Banken zu schnüren. Die Folge dieser Prioritätensetzung ist die Privatisierung der Bildung. Nicht jede und jeder hat freien Zugang zu Bildung. Von der Kita bis zur Weiterbildung: alles kostet irgendwie Geld, ob auf den ersten oder zweiten Blick. Wer kein Geld hat, wird abgehängt.

Schon im Kindergarten werden die Weichen gestellt

Die ersten Lernschritte werden in der Familie gemacht. In welchem Ausmaß die Eltern Freiräume für Erziehungsbemühungen haben, das hängt nicht zuletzt auch vom Geldbeutel ab. Sozialverbände kritisieren unter anderem das neu konzipierte Elterngeld, weil geringverdienende Eltern weniger Unterstützung erhalten als bisher. Und Alleinerziehende, das sind vor allem Frauen, sind ebenso benachteiligt. Kindertagesstätten,

die mehr und mehr als „Bildungseinrichtungen“ konzipiert werden, kosten z.B. in Bremen durchschnittlich stolze 140 Euro monatlich. In den Genuss eines Kita-Platzes kommen allerdings längst nicht alle Kinder. Wer keinen öffentlichen Platz bekommt, der muss einen privaten finanzieren. Das kostet oft das Doppelte. Kinder von Hartz-IV-Empfänger/innen haben schon gar kein Recht auf einen Kita-Platz, mit der Begründung, dass die Eltern zu Hause selbst auf die Kinder aufpassen können. So beginnt schon früh die Isolation von Kindern aus armen Familien, für die der Kontakt mit anderen gleichaltrigen Kindern genauso wichtig ist wie für alle anderen.

Und auch die Schule spielt eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, die Chancen der Kinder mit dem Portemonnaie der Eltern direkt zu regulieren. Zwar wächst auch in Deutschland die Anzahl der Privatschulen, allerdings noch auf vergleichsweise niedrigerem Niveau. Hier läuft es natürlich auch etwa über privat finanzierte Nachhilfe, aber vor allem sorgen das mehrgliedrige Schulsystem einerseits, die räumliche Segregation andererseits für gewisse Ergebnisse. Und die sind unzweideutig: Zwei Drittel der Studierenden kommen aus der „gehobenen“ oder gar der „oberen sozialen Herkunftsgruppe“, hinge-

gen nur 13% aus der „niedrigen“. In der jetzigen Situation, wo es der ein oder andere trotz ungünstiger Voraussetzungen an die Uni schafft, verschärfen Studiengebühren jene Probleme sozialer Selektion, die durch fehlende Förderung in jungen Jahren und dem gegliederten Schulsystem bestehen. Immer mehr Studierende müssen nebenher arbeiten gehen oder nehmen Kredite auf, um ihr Studium finanzieren zu können. Die Uni verlassen sie dann mit zum Teil riesigen Schuldenbergen. Ein bezaubernder Start ins Berufsleben...

Doch eine berufliche Perspektive haben viele Jugendliche eh schon länger nicht mehr. Die Angst, nach der Ausbildung auf der Straße zu stehen, ist groß. Auszubildende wissen oft schon mit Beginn der Ausbildung, dass aus ihrer Klasse nur ein Bruchteil der Lehrlinge übernommen werden wird. Vom ersten Tag an müssen sie sich somit also gegen ihre KollegInnen durchsetzen, im Notfall auch mit dem Ellenbogen. Auch sie sind häufig noch auf die finanzielle Unterstützung der Eltern angewiesen, da das mickrige Ausbildungsgehalt bei weitem nicht reicht, um davon seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Ein Kochlehrling erhält beispielsweise noch deutlich weniger finanzielle Wertschätzung als ein Militärdienstleistender, der sich

bestenfalls sinnfrei durchs Unterholz irgendwelcher Wälder robbt. Heutzutage muss ein Azubi aber schon glücklich sein, wenn er überhaupt einen Ausbildungsplatz bekommen hat. Denn an manchen Schulen ist das keiner/keinem Abgänger/in gegönnt.

Bildung darf keine Ware sein

Reiche Eltern fallen nicht vom Himmel. Deswegen muss es einen freien Zugang zu Bildung geben, von der Kita bis zur Uni und bei der Ausbildung. Bildungsgebühren jeglicher Art gehören abgeschafft, Lehrmittelfreiheit müsste längst Normalität sein. Kein Mensch darf aufgrund seines Geldbeutels von Bildung ausgeschlossen sein, so wie auch der Kontostand der Eltern nicht ausschlaggebend dafür sein darf, welche Kita oder Schule das Kind besucht und ob es ein Studium aufnehmen kann oder nicht. Wer studiert oder eine Ausbildung macht, soll das ohne finanziellen Druck machen können und keine Schulden aufnehmen müssen. Bildung ist Menschenrecht, keine Ware.

[Kaspar Scholemann]



Angriff auf das Klassenzimmer

Dass die Bundeswehr an Schulen um Nachwuchs wirbt, ist nicht neu. Allerdings hat die Werbung in den vergangenen Jahren enorm zugenommen: Feste Kooperationsabkommen mit Schulministerien der Länder werden unterschrieben, ganze Unterrichtsstunden von der Bundeswehr gestaltet und Klassenausflüge in die örtliche Kaserne organisiert. Allein im Jahr 2009 haben die 94 hauptamtlichen Jugendoffiziere der Bundeswehr laut eigenen Angaben 4389 Diskussions- und Vortagsveranstaltungen durchgeführt und damit 113.525 SchülerInnen erreicht. Die zunehmende Aktivität der Armee an Schulen in Deutschland ist die Konsequenz der Umwandlung der Funktionen der Bundeswehr hin zu Militärinterventionen und Kriegen.

Jugendoffiziere werben um Unterstützung für den Krieg in Afghanistan

Bei den Schulbesuchen geht es der Bundeswehr um zwei grundlegende Dinge: Auf der einen Seite braucht sie Nachwuchs für die immer umfangreicheren Auslandseinsätze. Dabei fehlt es aufgrund des Offiziers-

mangels immer mehr auch an höher qualifiziertem Personal, was die steigenden Werbeveranstaltungen an Gymnasien erklärt. Auf der anderen Seite soll die Bevölkerung für die neuen Kriege gewonnen werden, weil diese beispielsweise bei Umfragen mit über 70% die Beteiligung am Afghanistan-Einsatz ablehnt. So will Bundesverteidigungsminister Baron zu Guttenberg jetzt sogar Soldaten über Auslandseinsätze in Schulen berichten lassen. Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr geschlossen. In diesen Ländern vermittelt die Bundeswehr als offizieller Bildungspartner an Schulen politische Bildung, schult Lehrerinnen und Lehrer und führt Exkursionen durch. Und diese Vereinbarungen sollen noch ausgebaut werden, insbesondere im Osten der Republik.

Auf dem Weg zu einer ‚Armee der Armen‘

Mittlerweile kommen über 40% der Soldaten im Auslandseinsatz aus den fünf neuen Bundesländern, die weniger als 20% der deutschen Be-

völkerung ausmachen. Deutschland schließt dabei nicht nur was die Etablierung eines Niedriglohnssektors von über 20% betrifft zu den USA auf, sondern kopiert die Idee einer Armee der Armen. Deshalb soll schon frühzeitig in der Schule darum geworben werden, die einzige Lebensperspektive beim Militär zu sehen, insbesondere in Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit neue RekrutInnen zu gewinnen. Armutslöhne und Sozialabbau auf der einen Seite und die „Karriere mit Zukunft“ im Kriegseinsatz auf der anderen Seite, sind dabei dann nur zwei Seiten ein- und derselben Medaille. Sogar mit einem Studium ohne Studiengebühren wird geworben, in einer Zeit, in der junge Menschen sich nicht selten wegen der hohen Kosten gegen den Unibesuch entscheiden.

Schulen müssen militärfreie Orte bleiben

Der Militärunterricht der Bundeswehr - finanziert aus Steuermitteln - soll dabei helfen, mehr RekrutInnen ins Netz zu treiben. Vieles erinnert an die Methoden der preußischen Armeewerber, die europaweit unterwegs waren, um neues Kanonen-

futter für die preußischen Könige zu werben. Nur dass man jetzt nicht mehr Bier ausgibt, bis der Vertrag im Suff unterschrieben wird, sondern in der Schule über Abenteuer, Ausbildung und Berufsperspektiven bei der Bundeswehr plaudert. Die Methoden haben sich geändert, das Ziel ist dasselbe geblieben. Die Bundeswehr hat aber nichts an den Schulen verloren. Auch nicht mit ziviler Begleitung. Der Widerstand gegen die neuen Kriege und die Rekrutierung für die Bundeswehr muss an die Schulen getragen werden. Etwas Besseres als Krieg und die Bundeswehr findet man überall!

[Martin Hantke]

Was tun?

Wir fordern, dass die Kooperationsvereinbarungen rückgängig gemacht werden. Die Bundeswehr hat an Schulen nichts zu suchen und sollte dort keine Werbung machen dürfen. Versucht den Besuch von Jugendoffizieren an euren Schulen zu verhindern. Wenn ihr Kenntnis darüber habt, dass ein Jugendoffizier an eure Schule kommt, so spricht die/den SchulleiterIn, eure LehrerInnen und Eltern an und macht deutlich, dass und warum ihr das nicht wollt. Dabei ist es sehr hilfreich, sich auf den Beutelsbacher Konsens zu berufen. Wenn die Lehrer und die Schulleitung dem Jugendoffizier oder dem Wehrdienstberater nicht absagen wollen, so könnt ihr Protest organisieren und euch auf den Besuch vorbereiten, indem ihr Argumente sammelt, die ihr gegen die Bundeswehr oder die Auslandseinsätze deutscher Soldaten vorbringen könnt. Auch könnt ihr Flugblätter erstellen und Transparente malen, die ihr in der Schule verteilt und aufhängt und die deutlich machen, dass ihr den Besuch ablehnt.





Beutelsbacher Konsens

Der Beutelsbacher Konsens von 1976 legt die Mindestanforderungen an die politische Bildung in und außerhalb der Schule fest. Die Besuche der Jugendoffiziere widersprechen zwei der drei Anforderungen:

Überwältigungsverbot: „Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinn erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbstständigen Urteils zu hindern“.

Kontroversitätsgebot: „Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten.“

Quelle:
Informationsstelle Militarisierung
www.imi-online.de

Offener Brief an die Schulleiterinnen und Schulleiter der weiterführenden Schulen im Main-Taunus-Kreis:

April 2010

Sehr geehrte Schulleiterinnen und Schulleiter,

wir wenden uns in diesem offenen Brief an Sie mit dem Appell, aber auch der Bitte, dass Sie keine Kooperation der von Ihnen geleiteten Schulen mit der Bundeswehr unterstützen.

Seit dem Jahre 2005 hat die Bundeswehr im gesamten Bundesgebiet verstärkt an Vereinbarungen mit Schulen gearbeitet, hat Jugendoffiziere für Bezirkskreise abgestellt und Unterrichtsbesuche angeboten. Darüber hinaus startete sie eine Kampagne mit den so genannten „Karriere-Trucks“, die auf öffentlichen Plätzen und Schulhöfen halt machen und die Bundeswehr als vermeintlich sicheren Arbeitsplatz anpreisen. Die jeweiligen Landesregierungen weisen die Entscheidungsverantwortung von sich und erklären, das sei Befugnis der Schulleiterinnen und Schulleiter. Deshalb senden wir Ihnen diesen Brief.

Eine Armee, die Werbung an Schulen macht ist äußerst kritisch zu betrachten. Der Beutelsbacher Konsens von 1976, der sehr sinnvolle Maximen pädagogischen Handelns beschreibt, erwartet von Schulen, ihre Arbeit an 3 Grundsätzen auszurichten. Eine Kooperation mit der Bundeswehr, in der Art, wie sie heute stattfindet, widerspricht Zweien davon. Das Überwältigungsverbot besagt, dass man Schülerinnen und Schüler nicht im Sinn von bestimmten Meinungen überrumpeln darf, denn das behindert sie in der Gewinnung eines selbstständigen Urteils. Das Kontroversitätsgebot besagt, dass alles, was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, auch im Unterricht kontrovers erscheinen muss.

Die Bundeswehr führt ihre Werbungsveranstaltungen nicht kontrovers durch, sie beschränkt sich auf Informationen und Fakten, die ihre eigenen Ansichten untermauern. Ein Beispiel hierfür sind die so genannten POL&IS-Spiele, Rollenspiele zu Politik und Internationaler Sicherheit, während derer Schüler in die Rolle von Staatschefs schlüpfen und weltpolitische Probleme bewältigen sollen. Militärische Handlungen sind in diesem Spiel nicht nur

ausdrücklich möglich, sie werden als einzig adäquate Lösung präsentiert. Unkommentiert ist so etwas als verpflichtendes Unterrichtsmittel mit Blick auf den Beutelsbacher Konsens nicht hinnehmbar.

Problematisch sind auch die Karriere-Veranstaltungen, die die Bundeswehr als guten und sicheren Arbeitsplatz präsentieren. Die Jugendlichen wachsen heute in einer Realität auf, in der sie hunderte Bewerbungen mit Absagen zurückgeschickt bekommen. Nun lockt die Bundeswehr mit Stellenangeboten an „interessanten Orten“, mit kostenlosen Führerscheinen und einem allgemeinen Abenteuercharakter. Das wird vielen verlockend vorkommen. – Jedoch fällt kein Wort über die Realität der Soldaten, über Verwundung, über den Befehl Menschen zu erschießen oder den eigenen Tod. „Der Tod ist die logische Konsequenz soldatischen Handelns“ (Georg Schramm), diese andere Seite der Bundeswehr wird aber betont weggelassen. Das ist unehrlich, unausgewogen und nicht mit Grundsätzen der Pädagogik vereinbar. Wenn die Bundeswehr eingeladen wird, so müssten auch immer pazifistische Gruppen und Deserteure eingeladen werden.

Wir bitten Sie also, als Leiterinnen und Leiter ihrer Schulen, die Kooperation mit der Bundeswehr abzubrechen, oder von einer solchen Kooperation auch in Zukunft abzusehen, wenn sie sich dem bisher verwehrt haben.

Die Bundeswehr ist kein sicherer Arbeitsplatz, die Bundeswehr stellt Weltprobleme nicht fair dar. Politische Bildung ist das Feld von ausgebildeten Pädagogen, sie soll balanciert, kontrovers und ehrlich sein. Das kann und will die Bundeswehr nicht leisten. Wir, die Linksjugend [solid] MTK fordern daher: Keine Kooperationsvereinbarungen der Schulleiter mit Jugendoffizieren! Bundeswehr raus aus unseren Schulen!

linksjugend [solid] MTK
www.linksjugend.wordpress.com



Die Unis rüsten auf

Der scheidende Wehrbeauftragte Reinhold Robbe brüstete sich in den Medien jüngst damit, die Schirmherrschaft über die Initiative „Frontkultur“ übernommen zu haben – eine Gruppe von Künstlern und Intellektuellen, die sich in und für die Bundeswehr kulturell engagieren wollen. Zugleich forderte er dazu auf, die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Alltag der Menschen stärker zu thematisieren.

Etwa – so sein Vorschlag – indem die Gewerkschaftsredner an den 1. Mai Demos auch den Tausenden Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen Respekt zollen. Mit solchen Vorschlägen wird verstärkt und fortgeführt, was die Auslandseinsätze der Bundeswehr überhaupt erst möglich gemacht hat: die Militarisierung des Alltags, die Darstellung von Auslandseinsätzen als Normalität und die Mobilisierung von Unterstützung dafür quer durch die verschiedensten gesellschaftlichen Institutionen.

Eine Schlüsselstellung nehmen dabei die Hochschulen ein. Sie sind schon längst fest in die deutsche Kriegspolitik eingebunden. Entscheidend sind hier vor allem die finanziellen Mittel – jedes Jahr über eine Milliarde aus dem Bundeshaushalt – die zu Forschungszwecken an die Hochschulen fließen. Gefördert werden hierüber sowohl Forschungsprojekte zu technischen Voraussetzungen des Militärs, aber auch Ansätze in den Geistes- und Sozialwissenschaften, die sich etwa mit psychologischer Kriegsführung oder der Untersuchung internationaler Beziehungen unter militärischen Gesichtspunkten beschäftigen. An der Universität in Potsdam hat man mit den military studies gleich einen ganzen Studiengang zur Unterstützung der bundesdeutschen Kriegspolitik etabliert. Mit einer Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung hat das nicht mehr das geringste zu tun. Denn anstatt sich der Herausforderung zu stellen, die Ursachen von Kriegen und Konflikten weltweit aufzudecken und nach Perspektiven für Frieden

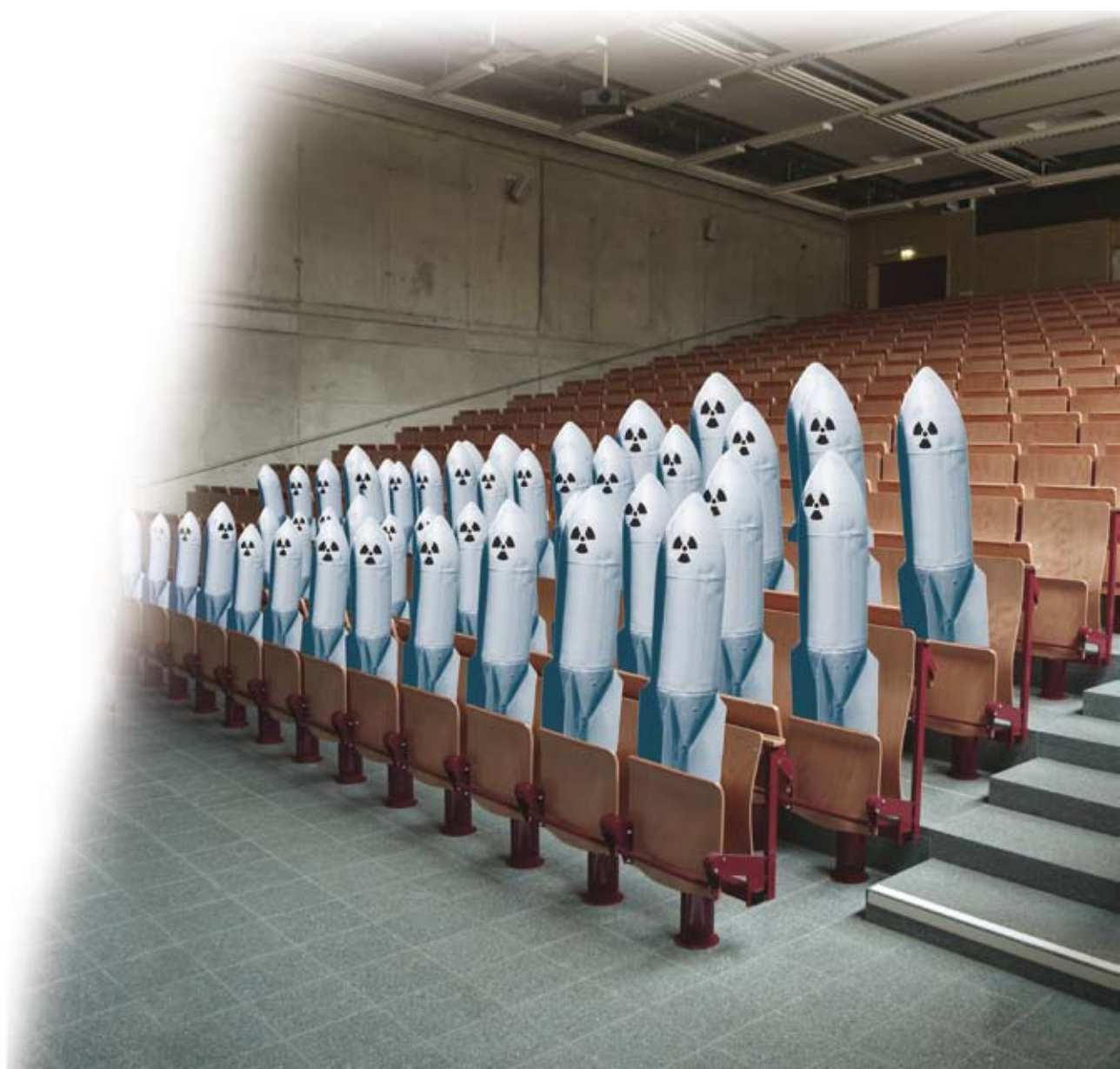
zu forschen, wird der herrschende Kriegskurs wissenschaftlich unterstützt. Dem muss Widerstand entgegengesetzt werden. Eine wesentliche Forderung ist dabei die Aufnahme einer „Friedensklausel“ in der Hochschulsatzung, die Forschung und Wissenschaft für militärische Zwecke untersagt.

Eine weitere militärische Verstrickung der Hochschulen ergibt sich über die direkte Intervention der Bundeswehr an Hochschulen. Sie versucht insbesondere über das Simulationsspiel Pol&Is, aber auch durch Seminare und Vorträge der Jugendoffiziere auf die Hochschulbildung Einfluss zu nehmen. Das Simulationsspiel Pol&Is der Bundeswehr, bei dem die TeilnehmerInnen mit einem Politik-, einem Wirtschafts- und einem Militärbaustein Entwicklungen in den internationalen Beziehungen nachspielen, wird bereits an rund 10 staatlichen Hoch-

schulen (darunter unter anderem die Universitäten in Bonn, Kassel, Erfurt und Leipzig sowie die Fachhochschulen in Potsdam und Schmalkalden) regelmäßig durchgeführt. Zu einigen weiteren Hochschulen bestehen laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN im Bundestag „erfreulich intensive Kooperationen“ der Jugendoffiziere der Bundeswehr. Namentlich aufgeführt werden – neben einzelnen privaten Hochschulen – die Universitäten in Tübingen, Kiel, Bremen, Göttingen, Erfurt, Köln, Kassel, Kaiserslautern, Bonn, Duisburg, Cottbus und Nürnberg-Erlangen sowie die Universität der Künste in Berlin und die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Zurückzuführen sind diese „erfreulich intensiven Kooperationen“ nach Auskunft der Bundesregierung auf die Angebote der Jugendoffiziere sowie persönliche Kontakte zum Lehrkörper. Neben dem Simulati-

onsspiel Pol&Is sind die Jugendoffiziere vor allem durch Seminare und Vorträge an den Hochschulen präsent. Auch hier besteht das Ziel ganz sicher nicht im Erlernen eigenständigen Denkens und der Förderung von Kritikfähigkeit. Stattdessen geht es darum, auch aus den Hochschulen heraus Unterstützung für den Krieg zu mobilisieren. Wer gegen eine weitere Militarisierung in den internationalen Beziehungen ist, muss deshalb auch die Hochschulen als Auseinandersetzungsfeld für eine friedliche Entwicklung begreifen. Genauso wie sich die Gewerkschaften aus guten Gründen dem Wunsch Reinhold Robbes widersetzen, den 1. Mai zum Tag der Heldenverehrung verkommen zu lassen, so gilt es auch für alle Hochschulangehörigen dafür einzutreten, dass die Bundeswehr auf dem Campus nichts verloren hat.

[Nele Hirsch]



Wieso, weshalb, warum – macht die Schule dumm? Schule im Kapitalismus

Das Bildungssystem ist scheiße: Selektiv, autoritär und fremdbestimmt. Sind wir mit unserem Protest in Richtung Politik an der richtigen Adresse – oder ist das Bildungssystem möglicherweise genauso eingerichtet, wie es dieser Staat für seine Gesellschaft braucht?

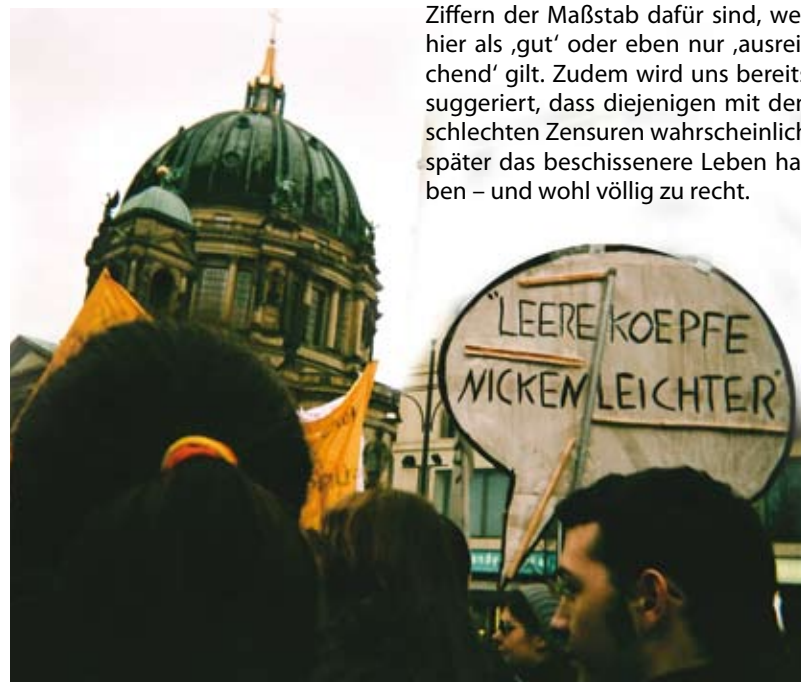
In den vergangenen Bildungsprotesten wurde vielerorts von Schülerinnen und Schülern das ‚Recht auf Bildung‘ eingefordert. Warum es in Deutschland allerdings eine Pflicht zur Bildung gibt, wurde selten hinterfragt. Schulpflicht – das sollte uns doch erst einmal stutzig machen. Der Schulbesuch ist in erster Linie kein segensreiches Angebot des Staates, sondern die Verpflichtung für alle seine Bürger/innen 10 Jahre lang in seine Bildungsanstalt ‚Schule‘ zu gehen. Nicht nur, dass wir überhaupt 10 Jahre unseres Lebens Tag für Tag in diese Anstalt gehen müssen, ist ein ungeheurer Einschnitt in unsere persönliche Freiheit. Nein, auch was, wie, von wem dort vermittelt wird, ist zum größten Teil fremdbestimmt und unserer Einflussnahme entzogen. Dabei muss natürlich erwähnt werden, dass es Menschen gibt, die selbst wenn sie wollten, gar keinen Zugang zu Bildung haben. Deswegen ist der Kampf um das ‚RechtaufBildung‘ richtig und wichtig, aber ein anderes Problem, als das an dieser Stelle beschriebene Problem der Schulpflicht.

Der Artikel 7,1 des Grundgesetzes lautet unmissverständlich: „Das gesamte Schulwesen steht unter Aufsicht des Staates.“ Was diese staatliche Kontrolle für uns Schüler/innen im Alltag bedeutet, wissen wir alle: Es ist vorgegeben, welche Inhalte wie lange zu behandeln sind, die Leistungen sind zu bewerten. Außerdem ist festgelegt, wer die Inhalte überhaupt vermitteln darf. Denn wir dürfen die Lehrer/in ja nicht wählen, vielmehr dürfen sich oft nur lang ausgebildete Staatsdiener/innen sich an die Tafel stellen.

Für's Leben lernen

Auch wenn uns immer gesagt wird, wir würden „für unser Leben lernen“, merken wir spätestens nach den ersten Schuljahren, dass damit in der Regel nicht interesselinktes und selbstbestimmtes Lernen gemeint ist. Nein, wir werden dafür ausgebildet, uns in der auf Konkurrenz begründeten Gesellschaft zu behaupten. Total flexibel zu sein, Anweisungen von Vorgesetzten unhinterfragt auszuführen und dann schön mitzumachen, im Hauen und Stechen des kapitalistischen Wettbewerbs. Dass in diesem System nicht jede/r ein Stück vom Kuchen abbekommen wird, ist Lehrstoff Nummer eins. Dass es Gewinner/innen und Verlierer/innen gibt, dass es absurderweise sogar ‚zu viele‘ Menschen geben kann, wissen wir von kleinauf.

Freerk Huisken, Professor für Ökonomie, nennt das die vielen ‚Dummheiten‘, die wir alle erlernen, egal ob Hauptschulabsolvent/in oder Abiturient/in. Damit ist auch nicht etwa fehlendes Wissen gemeint, sondern die ‚Dummheit‘, sich alltäglich den Zwängen dieser Gesellschaft freiwillig unterzuordnen. Die zehnjährige Schulpflicht ist der Anfang dieser Unterordnung, danach geht es weiter und wir müssen uns den Regeln von Staat, Markt und Arbeitgeber/innen fügen.



Benoten und aussortieren

Es ist gewollt, dass Jugendliche sortiert werden, dass es Menschen mit schlechten und guten Abschlüssen gibt. Es sollen gar nicht alle gute Noten bekommen. Denn dann heißt es entweder, die Anforderungen seien wohl zu niedrig gewesen oder die Lehrkräfte hätten Fehler gemacht. Wie im Fall der Lehrerin Sabine Czerny aus Bayern, die 2008 zwangsversetzt wurde, weil ihre Schüler/innen zu gute Noten erhielten. Die Schulbehörden ließen keinen Zweifel daran, dass Lehrer/innen nicht nur einen Bildungsauftrag haben - sie haben auch einen Sortierauftrag. „Auch bei Ihnen muss es Fünfer und Sechser geben“, lautete die Anweisung der Beamten.

Auch eine Abschaffung des gegliederten Schulsystems würde an diesem Auftrag wenig ändern. Dann würde der entscheidende Faktor zur Sortierung nicht mehr primär die Abschlussart, sondern die Abschlussnote sein. Ohne das gegliederte System wäre längeres gemeinsames Lernen möglich und das ist auch absolut erstrebenswert. Das Grundproblem würde aber trotz dieser wichtigen Verbesserung die Selektion bleiben, die man von der 4. bzw. 6. Klassenstufe zum 10. Schuljahr aufschiebt.

Die Noten spielen dabei eine zentrale Rolle. Schnell merken wir, dass diese Ziffern der Maßstab dafür sind, wer hier als ‚gut‘ oder eben nur ‚ausreichend‘ gilt. Zudem wird uns bereits suggeriert, dass diejenigen mit den schlechten Zensuren wahrscheinlich später das beschissenere Leben haben – und wohl völlig zu recht.

Die gute Note ist das Ziel jeder Anstrengung, die Lerninhalte und das Begreifen werden dadurch nahezu gleichgültig. Mit guten Zensuren wird belohnt, wer Gefordertes in geforderter Weise zum angesetzten Zeitpunkt wiedergibt. Stupidos Auswendiglernen oder sogenanntes Bulimie-Lernen: Wie oft kommt es vor, dass wir den Stoff vor der Klassenarbeit in unser Gedächtnis prügeln, um ihn hinterher schnell wieder zu vergessen. Auch gibt es immer wieder Situationen, gerade angesichts des Turboabiturs, in denen uns die Lehrenden den Inhalt nicht etwa so lange erklären können, bis wir ihn verstanden haben. Vielmehr geht es bei dem enormen Zeitdruck, unter dem alle stehen, nur noch darum, bis zur Klausur den Stoff auswendig zu lernen, um danach zum nächsten Thema überzugehen.

Ebenso ist es gewollt, dass viele Jugendlichen von ‚weiterführenden‘ Bildungswegen wie Abiturstufe oder Universität ausgeschlossen werden. Diese Mehrheit der Schüler/innen werden frühzeitig für untere Regionen der Berufshierarchie aussortiert, weil ihre weitere Qualifikation aus der Sicht des Staates außer Kosten nichts bringt.

Wieso, weshalb, warum – wer nicht hinterfragt, bleibt dumm

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen nicht vor- oder aussortiert werden. In der es nicht ‚zu viele‘ Menschen geben kann, Siegerpositionen und Überflüssige. Wir möchten, dass Menschen, ob mit oder ohne Kenntnis der Differentialrechnung, nicht täglich neu um ihre Existenzberechtigung konkurrieren müssen. Eine Welt, in der Bildung nicht Pflichtveranstaltung zur Menschensortierung durch Noten ist, sondern die selbstbestimmte Entwicklung der eigenen Fähigkeiten ermöglicht. Damit Bestehendes ständig hinterfragt wird und ‚Leben‘ nicht nur stures Abarbeiten von Aufgedrücktem bedeutet.

Dafür streiten wir beim Bildungsstreik am 9. Juni, dem Tag, an dem wir bundesweit gemeinsam auf die Straße gehen wollen. Ein Tag voller Protest. Und vor allem auch: ein Tag ohne Schule.

Denkschubladen aufbrechen: Eine Schule für alle!



Deutschland siebt gnadenlos aus. In keinem anderen europäischen Land hängen die Bildungschancen so sehr vom Elternhaus ab. Nach dem Prinzip „Augen zu und durch“ halten BildungspolitikerInnen trotzdem am gegliederten Schulsystem fest. Dabei gibt es Alternativen, wie uns andere schon lange vormachen.

Internationale Studien kommen seit längerem zu dem Ergebnis, dass Deutschland ein Gerechtigkeitsproblem hat. Ob ein Kind Abitur machen und studieren kann, hängt hiernach vor allem vom Geldbeutel der Eltern ab. Das deutsche Schulsystem verteilt die SchülerInnen in fast allen Bundesländern nach der vierten Klasse auf die Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien. Mit dem zehnten Lebensjahr ist damit laut Grundüberlegung dieses Systems schon klar, wer eher für praktische Tätigkeiten wie Handwerksberufe geeignet ist oder wer auch die Chance bekommen soll, sich an der Uni zu versuchen. Kinder aus Familien, wo die Eltern nicht studiert haben, haben hierbei automatisch schlechtere Chancen. Sie landen häufiger auf der Haupt- und Realschule – unabhängig von ihren Leistungen.

Wenn in Deutschland über Bildung gesprochen wird, gilt neben dem Standardbekenntnis „Dass Bildung sehr wichtig ist“, der schon fast schon religiöse Grundsatz, am ge-

gliederten Schulsystem dürfe nicht gerüttelt werden. Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) etwa gibt zu, dass die Bildungschancen in Deutschland von der sozialen Herkunft abhängen. Sie meint, dass Kinder bereits früher mehr gefördert werden müssten. An der Aufteilung auf die verschiedenen Schulformen hat sie jedoch nichts auszusetzen. Eine frühere Förderung von Kindern ist bestimmt hilfreich, sie löst jedoch nicht das Grundproblem: Die Aufteilung selbst ist es, die Kindern bereits mit zehn Jahren in Schubladen steckt, aus denen sie nur schwer wieder herauskommen. Hinter Schavans Auffassung steckt die Ideologie, man könne im Vorhinein erkennen, ob Kinder per se klug sind oder nicht. Dass manche Talente und Fähigkeiten zu unterschiedlichsten Zeitpunkten entdeckt werden, wird dabei konsequent ausgeblendet.

Unser Schulsystem ist Schnee von gestern

Die Idee des gegliederten Schulsystems lässt sich bis ins Kaiserreich im 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Damals bildeten sich Gymnasien, Mittelschulen und Volksschulen heraus. Das Gymnasium konnte nur besuchen, wer das entsprechende Schulgeld aufbringen konnte. Höhere Bildung und ein Studium war den Wohlhabenden vorbehalten. Natürlich auch, um ihren eigenen Status zu erhalten. Die Trennung nach der sozialen Herkunft war also bereits damals fester Bestandteil deutscher Bildungspolitik. Nun könnte man meinen, diese Zeiten wären vorbei und neben dem Recht auf freie Wahl und anderen demokratischen Erneuerungen, hätte sich auch ein fortschrittliches Schulsystem in der Bildungspolitik durchgesetzt. Fehl-anzeige! In Europa sind Deutschland

und Österreich heute die einzigen Länder, die auf das gegliederte Schulsystem setzen, während Finnland und Schweden als Musterschüler in der europäischen Bildungspolitik gelten. Hier gibt es nur eine Schule, in der alle Kinder bis zur zehnten Klasse gemeinsam unterrichtet werden. Während Deutschland also an einem Schulsystem festhält, das noch aus dem vorletzten Jahrhundert stammt, sind andere bereits viel weiter – und erfolgreicher.

SchülerInnen, BildungsforscherInnen, Eltern und LehrerInnenverbände fordern deshalb auch in Deutschland, das bestehende System grundlegend zu verändern. Unter dem Titel „Eine Schule für alle“ wollen sie, dass Kinder bis zur zehnten Klasse gemeinsam lernen können. SchülerInnen sollen gemeinsam mit- und voneinander lernen. Auch Kinder mit Behinderungen sollen diese Schulen besuchen können, statt auf „Förderschulen“ abgeschoben zu werden, wo sie mit dem Rest der Gesellschaft nur selten in Berührung kommen.

Eine Schule für alle, das bedeutet „zehn Jahre Chaos an unseren Schulen“

CDU Nordrhein-Westfalen

Doch es gibt auch Eltern, und vor allem GymnasiastInnen, die Skepsis gegenüber der als gemeinsamen Schule für alle äußern. Sie haben Angst davor, dass ihre Kinder bzw. sie selbst am Ende durch die vermeintlich Leistungsschwächeren in ihrer Entwicklung gehemmt werden. In einer Gesellschaft, wo der Wettbewerb um Arbeitsplätze immer härter wird, ist diese Angst verständlich und wird von den

GegnerInnen des Konzepts gezielt ausgenutzt. So sprechen CDU-PolitikerInnen von der „Einheitsschule“, die nicht funktionieren könne, weil es keine „Einheitskinder“ gäbe. So wird suggeriert, dass eine individuelle Förderung von SchülerInnen nicht möglich ist, sondern die Guten von den Schlechten getrennt werden müssten. Es ist also gerade das dreigliedrige Schulsystem, das keine Graustufen kennt, sondern sich anmaßt, Kinder in Schubladen zu stecken.

Eine Schule für alle hingegen bedeutet nicht alle „gleich“ zu machen, sondern allen Kindern die gleichen Chancen zu geben.

Bei einer Schule für alle hat jede und jeder erst einmal die Aussicht darauf, Abitur zu machen. Der Vorwurf, man wolle die Gymnasien abschaffen ist daher unberechtigt. Das Einzige, was die Gymnasien verlieren werden, ist ihr elitärer Status der „besseren“ Schulen. Die eine Schule für alle sorgt dafür, dass nicht nach der vierten oder sechsten Klasse über die Zukunft eines Kindes entschieden wird, sondern die weitere schulische Entwicklung offen bleibt. Keinem Jugendlichen soll die Chance auf einen guten Abschluss genommen werden.

Für eine solidarische Gesellschaft ist der Wert einer Schule für alle nicht zu unterschätzen. Kinder aus armen und reichen Haushalten dürfen nicht weiter voneinander getrennt werden, Kinder mit und ohne Behinderungen sollen endlich zusammen die Schule besuchen können. Länder wie Finnland und Schweden beweisen, dass man mit längerem gemeinsamen Lernen erfolgreich ist.

[Jasper Prigge]

„Sag‘ mir, woher du kommst und ich sag‘ dir, auf welche Schule du gehst“

Die Benachteiligung junger MigrantInnen im Bildungssystem

Bereits der Bildungsstart verläuft bei Kindern aus MigrantInnenfamilien nicht optimal: obwohl gerade Kinder aus zugewanderten Familien von einem Kindergartenbesuch profitieren würden, besuchen sie seltener Kindergärten als ihre AltersgenossInnen ohne Zuwanderungsgeschichte. Das in einigen Bundesländern ausgezahlte Erziehungsgeld verstärkt diese Problematik. Eltern behalten mitunter ihre Kinder aus finanziellen Gründen zu Hause, statt sie in den Kindergarten zu bringen.

Die Folgen der mangelnden frühkindlichen Förderung zeigen sich bereits in der Grundschule: In der ersten bis dritten Klasse müssen Kinder mit Migrationshintergrund viermal so häufig das Schuljahr wiederholen. Das Risiko, auf eine Sonderschule für Lernbehinderte überwiesen zu werden, ist doppelt so hoch. Im Jahr 2007 verließen 17 % der ausländischen SchülerInnen die Schule ohne Hauptschulabschluss (deutsche: 7 %) und 42 % erwarben lediglich einen Hauptschulabschluss (deutsche 23 %). Auch finden Jugendliche mit Migrationshintergrund nach ihrem Hauptschulabschluss wesentlich schwerer einen Ausbildungsplatz als andere. Schuld daran sind in der Regel nicht etwa

die Jugendlichen selbst, sondern das deutsche Bildungssystem: Deutschland belegt in internationalen Vergleichsstudien einen Spitzenplatz bei den Leistungsunterschieden zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund.

Nicht selten gibt es auch negative Einstellungen und Vorurteile der PädagogInnen gegenüber jungen MigrantInnen. Im Ausbildungssektor setzen sich diese Vorbehalte fort: ArbeitgeberInnen befürchten negative Reaktionen bei ihren Kunden, wenn sie junge MigrantInnen beschäftigen. In einer Studie der Universität Konstanz wurden die gleichen Bewerbungen einmal mit „deutschen“ und einmal mit türkisch klingenden Namen an Unternehmen verschickt. Die BewerberInnen mit türkischen Namen erhielten 14 Prozent weniger positive Antworten. Die Ursachen hierfür entspringen dem gesellschaftlichen Umgang mit MigrantInnen: Jahrzehntlang wurden sie vorrangig als Problem, Belastung, ja sogar als Bedrohung angesehen. Vehement wurde bestritten, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dass sich eine multikulturelle Gesellschaft entwickelt hat. Auch heute noch wird Integration als einseitige Bringschuld der eingewanderten Menschen verstanden, die sich „einer Leitkultur in Deutschland“ unterzuordnen haben.

Die Residenzpflicht schließt Menschen vom Zugang zu Bildung aus

Ein tiefgreifendes Problem ist der Schulbesuch auch und gerade für sogenannte statuslose Kinder, also Kinder ohne Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland. Nur in wenigen Bundesländern gibt es für sie eine ausgewiesene Schulpflicht. Doch selbst dann müssen Schulleitungen und LehrerInnen illegalisierte Familien an die Ausländerbehörden melden. Dies hätte in manchen Fällen die sofortige Abschiebung dieser Menschen zur Folge. Wer dagegen Kenntnisse verschweigt, riskiert dienst- und strafrechtlich belangt zu werden. Um in Deutschland bleiben können, entscheiden sich daher viele Eltern ohne Aufenthalts-

genehmigung gegen den Schulbesuch ihrer Kinder. Somit werden Tausende Kinder systematisch von dem Recht auf Bildung ausgeschlossen. Dazu kommt für AsylbewerberInnen, deren Aufenthalt vorübergehend genehmigt wurde, dass sie sich an die Residenzpflicht halten müssen, wenn sie sich nicht strafbar machen wollen. Die Residenzpflicht verbietet AsylbewerberInnen den Landkreis zu verlassen, in dem sie gemeldet sind, wenn sie keinen Antrag auf das Verlassen genehmigt bekommen. Die Folge ist, dass diese Jugendlichen nicht sicher an Klassenfahrten teilnehmen können, sondern immer befürchten müssen, dass ihnen die Reiseerlaubnis verwehrt wird. Und nach der Schule geht die Diskriminierung weiter: Im Jahr 2007 wurde ein Asylbewerber aus Syrien, der aufgrund sehr guter schulischer Leistungen einen Studienplatz an der Uni Jena erhielt, von der Uni ausgeschlossen, weil er gegen besagte Residenzpflicht verstoßen hatte. Diese menschenverachtende Residenzpflicht muss auch deswegen endlich abgeschafft und das Recht auf Bildung allen Kindern gewährt werden.

Spezielle Fördermaßnahmen in den weiterführenden Schulen als Vorbereitung auf die Ausbildungsplatzsuche sind die Mindestforderung. Um die Probleme aber wirklich zu lösen, braucht es eine Schule für alle Kinder und Jugendliche, wo diese miteinander und voneinander lernen können - wie in anderen Ländern auch. Auch ein Mentalitätswechsel in der Gesellschaft ist nötig: Andere Sprachen und Kulturen müssen als Bereicherung verstanden werden, es muss Schluss sein mit Ausgrenzung und Diskriminierung. Interkulturelles Lernen muss Teil des Lehrstoffes für alle SchülerInnen sein. Bildung ist ein Menschenrecht, auf das auch Kinder von MigrantInnen Anspruch haben. Dutzende Studien haben längst gezeigt, dass MigrantInnen in Deutschland schlechtere Ausgangsvoraussetzungen geboten werden. Heute stammt jedes dritte Kind unter fünf Jahren aus einer migrantischen Familie - höchste Zeit also endlich das Bildungssystem grundlegend zu reformieren und nicht länger Chancen für diese Kinder zu verbauen.





Ausbildung für alle - von wegen

Die Lage junger Menschen verschlechtert sich zunehmend. Auch Azubis und junge ArbeitnehmerInnen bleiben davon nicht verschont. Die Krise trägt maßgeblich dazu bei, dass sich die prekäre Lage und damit auch die Zukunftsangst verschärft. Die Wirtschaft klagt über Fachkräftemangel, dabei bilden noch nicht einmal 25% der Unternehmen aus. Und selbst diejenigen, die ausbilden, haben in den letzten Jahren ihr Angebot zurückgefahren und übernehmen junge Menschen immer seltener nach der Ausbildung. Gerade einmal ein Drittel der Azubis wird eine Zukunft im Ausbildungsbetrieb in Aussicht gestellt. Es folgen stattdessen für die meisten befristete Verträge, Praktika, Übergangsmaßnahmen, oder Arbeitslosigkeit. In jedem Fall aber Ungewissheit über die eigene Zukunft.

Der vor einigen Jahren zwischen Bundesregierung und Spitzenverbänden der Wirtschaft geschlossene Ausbildungspakt hat an der Lage nichts verbessert. Das Angebot an Ausbildungsplätzen geht vielmehr weiter zurück. Laut Bundesagentur

für Arbeit kann nicht einmal die Hälfte aller BewerberInnen mit einem betrieblichen Ausbildungsplatz versorgt werden. Insbesondere für diejenigen, die im ersten Anlauf keinen Platz abbekommen, sind von Perspektivlosigkeit geprägt. Mit jedem Jahr in der Warteschleife werden die Chancen geringer. Seit Jahren stauen sich mehr und mehr Jugendliche an, die leer ausgehen. Die Konsequenz: Über eine Million Jugendliche ist bereits auf Hartz IV angewiesen und hat kaum Hoffnung auf eine Berufsperspektive, denn wer keine Ausbildung hat, wird bei dem steigendem Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt höchstwahrscheinlich leer ausgehen.

Nicht nur, weil Übernahme zur Ausnahme wird, sondern auch wegen der mangelnden Qualität der Ausbildung, sind auch diejenigen Belastungen ausgesetzt, die einen Ausbildungsplatz ergattern konnten. Viel zu oft müssen (teilweise unbezahlte) Überstunden und ausbildungsfremde Tätigkeiten verrichtet werden, zudem ist das Gehalt nicht selten viel zu niedrig. Ausbeutung

steht auf der Tagesordnung. Gerade Frauen sind betroffen: Sie verdienen durchschnittlich 100 Euro weniger als männliche Azubis.

Die Unternehmen müssen zur Kasse gebeten werden

Damit sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt verbessert, braucht es ein einklagbares Grundrecht auf Ausbildung und Übernahme. Es darf nicht sein, dass jungen Menschen der Zugang zu (Aus)bildung verwehrt bleibt und sie somit keinerlei Zukunftsperspektive haben. Damit dieses Grundrecht verwirklicht werden kann, ist außerdem eine Ausbildungsplatzabgabe unabdingbar. Unternehmen, die nicht ausbilden und sich ihrer Verantwortung entziehen, sollen zahlen und mit diesem Geld sollen Ausbildungsplätze im Öffentlichen Dienst geschaffen werden. Diese Maßnahme soll Druck auf ausbildungsunwillige Unternehmen aufbauen und somit dazu beitragen, dass nicht mehr nur ein Viertel, sondern deutlich mehr

ausbilden. Dagegen sind Maßnahmen wie der Ausbildungsbonus abzulehnen, da sie solche Unternehmen auch noch subventionieren und die SteuerzahlerInnen somit ausbaden müssen, wofür Unternehmen verantwortlich sind.

Nicht zuletzt ist auch eine allgemeine deutliche Arbeitszeitverkürzung vonnöten. Einschnitte wie die Rente mit 67 oder die langsamen, aber stetigen Verlängerungen der Wochenarbeitszeit haben gezeigt, dass die damit einhergehenden Stellenstreichungen in besonderem Maße Azubis und junge ArbeitnehmerInnen trafen. Stattdessen sollten die Wochen- und Lebensarbeitszeit für alle deutlich gesenkt werden. Dies würde einen positiven Beitrag zum Abbau von Arbeitslosigkeit darstellen und insbesondere Verbesserungen und Chancen für junge Menschen mit sich bringen. Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen notwendig, die die Ausbildungsqualität verbessern, wie etwa eine Stärkung und den Ausbau des Jugendarbeitsschutzes, der Azubis und nicht ArbeitgeberInnen schützen soll, sowie ein Azubi-Mindestlohn, der zum Leben reicht.

Wir sind die Generation Krise

Azubis, SchülerInnen und Studierende sitzen alle im selben Boot. Sie alle sind davon betroffen, dass die Krise auf ihrem Rücken ausgetragen wird, und vor allem können auch sie sich der kapitalistischen Verwertungslogik nicht entziehen. Gerade junge Menschen sind von prekären Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen sowie von den massiven Stellenstreichungen und Lohnkürzungen betroffen. Die Selektivität im Bildungssystem trägt vor allem auch dazu bei, dass die Konkurrenz auf dem Ausbildungsmarkt weiter steigt. Das System ist nicht fehlerhaft, sondern der Fehler ist das System. In einem Wirtschaftssystem, welches milliardenhohe Profite um jeden Preis will, bleiben die meisten auf der Strecke.

Wir sind die Generation Krise. Und deshalb müssen wir gemeinsam solidarisch auf der Straße für unsere Rechte kämpfen. Wir wollen nicht, dass die Bankenrettung wichtiger ist als unsere Bildung, und wir wollen nicht für die Wirtschaft, sondern selbstbestimmt und für uns lernen. Gerade die Azubis spielen bei den anstehenden Bildungsprotesten eine wichtige Rolle, da sie durch einen Streik ökonomischen Druck aufbauen können. Es ist längst Zeit sich zu wehren.

[Julia Range]



Operation Übernahme

Seit September 2009 läuft die Kampagne „Operation Übernahme“ der IG Metall Jugend. Sie ist die öffentliche Forderung nach Sicherheit und Perspektiven für die junge Generation. „Unser Ziel ist die tarifvertraglich gesicherte Übernahme aller Auszubildenden“, so Bundesjugendsekretär Eric Leiderer. „Berufserfahrung nach der Ausbildung ist heute unerlässlich für den Einstieg in das Berufsleben“ so Leiderer weiter, „und dafür brauchen wir die tarifvertraglich gesicherte Übernahme für alle.“ Mittlerweile haben im Rahmen der Operation Übernahme über 200 Aktionen deutschlandweit stattgefunden, und es wird noch weitergehen. In verschiedenen Städten arbeitet die IG Metall Jugend mit dem Bildungsstreikbündnissen zusammen.

Wenn ihr mehr über die Kampagne Operation Übernahme erfahren wollt dann geht doch auf die Seite www.operationuebernahme.de

Arbeit schadet nicht, oder?

Das Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) schützt alle jungen Beschäftigten unter 18 Jahren, egal ob sie als Auszubildende, Angestellte oder PraktikantInnen beschäftigt werden. Das Jugendarbeitsschutzgesetz soll die Gesundheit schützen, denn wer als Jugendlicher zu lange, zu früh oder zu schwer arbeitet, hat die Folgen im Alter zu tragen. In diesem Jahr wird das JArbSchG 50 Jahre alt. Leider nicht nur ein Grund zum Feiern, denn wieder einmal ist es Angriffen ausgesetzt. Arbeitgeberverbände, die FDP und andere Neoliberale diffamieren das JArbSchG als Ausbildungshemmnis. Es ist einmal mehr nötig, mit einem breiten Bündnis die Aushöhlung des JArbSchG zu verhindern. Jugendliche brauchen nicht weniger, sondern mehr Schutz vor Ausbeutung. Die Mehrheit der Jugendlichen, die heute eine Ausbildung beginnt, ist 18 Jahre oder älter. Für sie gilt das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht mehr. Eine Ausdehnung auf 21 Jahre ist daher überfällig. Der Kampf gegen die Aushöhlung ist also auch ein Kampf für die Ausweitung des Jugendarbeitsschutzgesetzes.

Beim Jugendarbeitsschutz geht es nicht nur um kürzere oder längere Arbeitszeiten für Jugendliche oder

um deren Ausbildungsfähigkeit', sondern um jugendpolitische Kernfragen: Ob Jugendliche am Beginn ihres Erwerbslebens als billige Arbeitskräfte missbraucht werden können oder nicht. Ob Jugendliche zu allen Tages- und Nachtzeiten für ihren Arbeitgeber zur Verfügung stehen sollen oder nicht. Ob Jugendliche am Beginn ihres Berufslebens ein System von sozialen Schutzrechten vorfinden, das sie in ihrer besonderen Lebens- und Entwicklungssituation ernst nimmt und absichert oder nicht.

Wer feiern kann, der kann auch arbeiten

2006 wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe gegründet, die den genauen Novellierungsbedarf des Jugendarbeitsschutzgesetzes ermitteln soll. Auslöser dafür war, dass das Saarländische Wirtschaftsministerium gemeinsam mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DE-HOGA) sowie der Filmwirtschaft eine Liste mit Änderungsvorschlägen in Umlauf gebracht hat. Kernpunkte dieser Liste waren unter anderem, die Arbeitszeiten rauf- und die Ru-

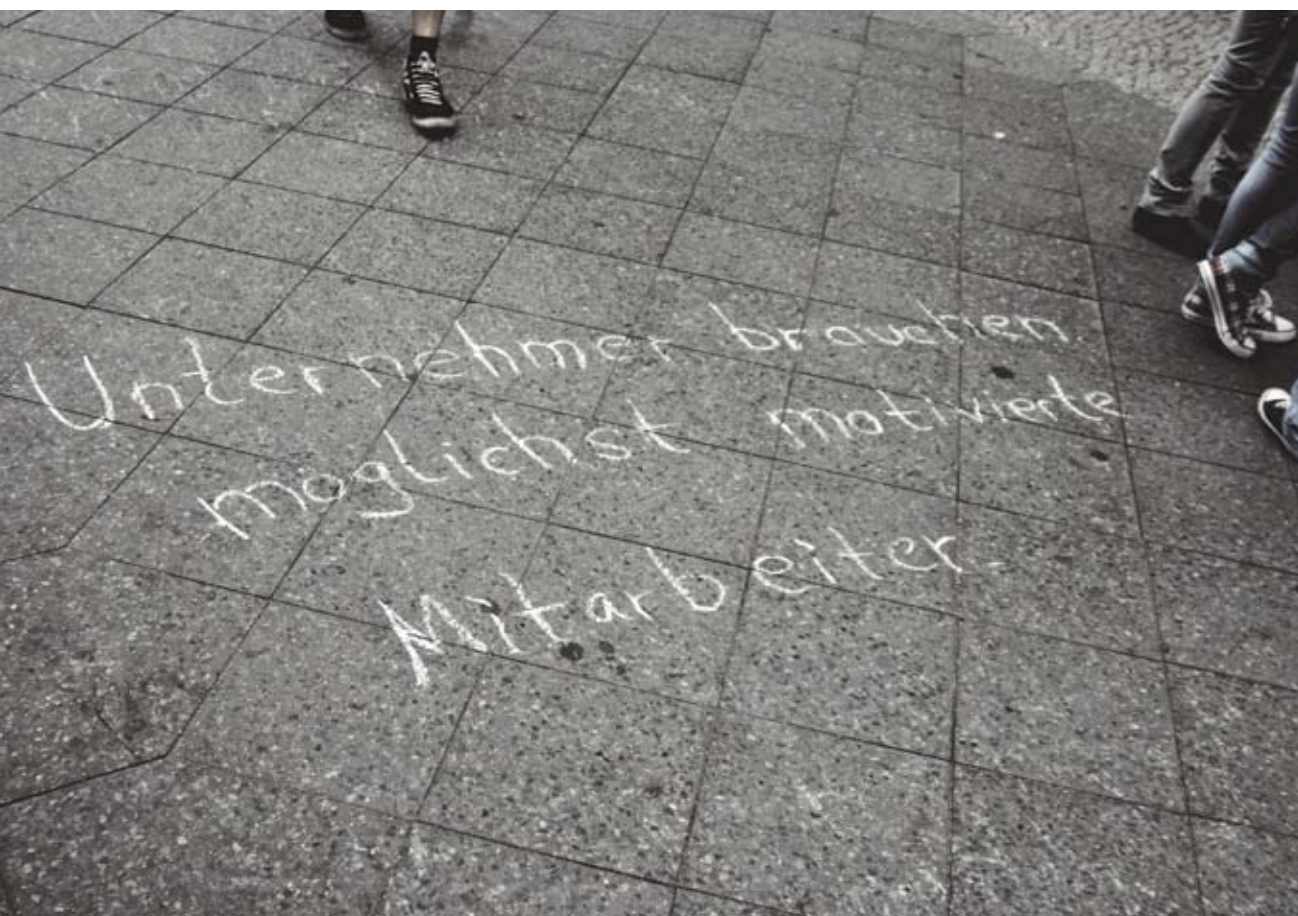
hepausen runterzusetzen sowie die Beschäftigungsverbote zu bestimmten Zeiten einzuschränken. Das saarländische Wirtschaftsministerium erklärte damals, dass man das Jugendarbeitsschutzgesetz schließlich nur an das veränderte Freizeitverhalten der Jugendlichen anpassen wolle. Das heißt: Wer bis Mitternacht in der Disko rumhängen kann, kann auch so lange arbeiten. Hotels und Gaststätten würden angeblich bei einer solchen Ausweitung der Ausbildungszeiten neue Ausbildungsplätze schaffen.

Aber schafft eine Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes wirklich mehr Ausbildungsplätze? Laut einer Umfrage des DIHK hat das Hotel- und Gaststättengewerbe bereits jetzt Schwierigkeiten alle vorhandenen Ausbildungsplätze zu besetzen. Dieser Trend wird sich durch eine abnehmende Zahl von Jugendlichen noch verschärfen. Gleichzeitig brechen im Schnitt über 35% der Auszubildenden in diesem Bereich ihre Ausbildung ab. Und laut einer Befragung des BIBB verlassen 45% der AbsolventInnen die Branche nach ihrer Ausbildung. Im seit einigen Jahren erscheinenden Ausbildungsreport der DGB-

Jugend, in dem Jugendliche zu ihrer Ausbildung befragt werden, schneiden die Ausbildungsberufe Koch/Köchin, Hotelfachmann/-frau und Restaurantfachmann/-frau stets am schlechtesten ab. Das liegt vor allem an der fehlenden fachlichen Anleitung, den vielen unbezahlten Überstunden und der fehlenden Qualität der Ausbildung. Ist das wirklich noch der schönste Beruf der Welt, wie die Branche selbst für sich wirbt? Eine letztes Jahr im WDR produzierte Doku über den Ausbildungsberuf Koch/Köchin lässt tief blicken. Da erklärt ein Sternekoch vor laufender Kamera, dass bei ihm die Gesetze nicht gelten. Schließlich habe er hier das Sagen.

Geht es also bei der Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes nur darum, noch mehr billige Arbeitskräfte zu bekommen?

[Carla Dietrich]



In diesem Sommer will die Bund-Länder-Arbeitsgruppe ihre Vorschläge zur Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes auf den Tisch legen. Und bereits jetzt ist klar, dass sie keine Ausweitung, sondern eine Verschlechterung vorschlagen werden.

Ab sofort gilt es, den Widerstand dagegen vorzubereiten. Diskutiert mit KollegInnen, veranstaltet gemeinsam mit den Gewerkschaftsjungen Aktionen und sucht Beispielfälle, wo das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht eingehalten wird.

Für den 9. August, dem 50. Geburtstag des Jugendarbeitsschutzgesetzes, plant die DGB-Jugend einen Aktionstag, an dem alle aufgerufen sind, sich zu beteiligen. Infos unter www.haende-weg.de, wo ihr ab sofort auch SchutzpatInnen für das Jugendarbeitsschutzgesetz werden könnt.



Schafft zwei, drei, viele Bildungsstreiks

Diesen Sommer geht die Bildungsstreikbewegung in die dritte Runde. In den letzten Monaten sind viele SchülerInnen, Auszubildende und Studierende in den lokalen Bündnissen und Streikgruppen aktiv geworden und haben wertvolle Erfahrungen, gute wie weniger gute, gesammelt. Denn nicht alles läuft so rund wie es scheint – aber die Chancen, den Bildungsstreik weiter zu entwickeln und die Probleme der Bewegung anzugehen, stehen.

Der Bildungsstreik ist die größte Bildungsbewegung der letzten Jahrzehnte, aber vor allem auch eine soziale Bewegung, die im letzten Jahr am beeindruckendsten in Erscheinung getreten ist. In unserer, als unpolitisch, individualistisch und stump geschimpften Generation sind innerhalb kürzester Zeit tausende SchülerInnen und Studierende aktiv geworden. Und das auch mit ersten Erfolgen: die Bildungspolitik ist wieder auf der Tagesordnung, wurde beispielsweise im Landtagswahlkampf in NRW zu einem Kernthema, und niemand kann noch leugnen, dass es akute Probleme an den Bildungseinrichtungen gibt. Vor gut einem Jahr noch überhaupt nicht in der Diskussion, muss jetzt sogar Bildungsministerin Schavan Probleme bei der Umsetzung des Bolognaprozesses eingestehen. Bei den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, aber noch viel mehr in der breiten Öffentlichkeit wurde ein Bewusstsein für die Missstände im Bildungssystem geschaffen, dass es ohne den Bildungsstreik so sicher nicht gegeben hätte.

Ein wichtiger Faktor dafür war die Breite der Bewegung. Anstatt sich auf die eigenen Probleme und Forderungen zu beschränken, gibt es ein breites Bündnis, dass SchülerInnen und Studierende aber auch einige Lehrende und immer mehr Auszubildende umfasst. Diese Breite hat es einerseits ermöglicht im Juni und Herbst 2009 mit den großen Demonstrationen Zeichen zu setzen, aber auch den Zusammenhalt zu stärken und die verschiedenen Probleme in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext zu stellen.

So hat der Bildungsstreik tausende Jugendliche / junge Leute erreicht und vielen die Möglichkeit geboten, sich selber aktiv einzubringen. Für viele SchülerInnen war die erste Demonstration, der erste Streik ihres Lebens im Rahmen des Bildungsstreiks und damit auch die erste politische Erfahrung. Insofern hatten die Aktionen eine politisierende

Wirkung und haben nicht nur die AktivistInnen für Bildungspolitik, aber auch viele andere Themen darüber hinaus interessiert.

Andererseits hat sich gerade bei den Hörsaalbesetzungen im Herbst gezeigt, dass es nicht genug Angebote, aktiv zu werden, gibt. So waren die Besetzungen zwar insofern erfolgreich, dass sie eine Reihe von neuen AktivistInnen herausgebildet haben, allerdings wurde es fast nirgendwo geschafft, wirklich die Masse der Studierenden zu erreichen und einzubeziehen. Das ist ein Grund für den derzeitigen Mangel an Aktiven in den Bildungsstreikbündnissen, weil einerseits kaum neue Leute dazustoßen und andererseits die „älteren“ nach und nach ausscheiden – weil sie ausgebrannt sind, mit der Schule oder dem Studium abgeschlossen haben usw. Das ist umso problematischer, da die Träger des Bildungsstreiks immer die lokalen Bündnisse und Gruppen sind. Die Schulen mit der größten Beteiligung an den Streiks sind die, mit funktionierenden Streikgruppen, die auch längerfristig und inhaltlich auf Proteste hinarbeiten. Hier liegt es an jedem und jeder, aktiv zu werden, sich einzubringen, mit FreundInnen eine Gruppe zu gründen, gemeinsam über Probleme und Forderungen zu diskutieren, Flyer zu drucken, Transparente zu malen, usw. Nur mit dieser Selbstaktivität können wir letztendlich etwas erreichen.

Aber auch darüber hinaus muss es eine Stärkung des Bildungsstreiks in der Breite geben. In den letzten Monaten ist viel zu oft die Rede von einem „Studentenstreik“ gewesen – SchülerInnen und Auszubildende wurden völlig ignoriert. Warum auch? Schavan und co. haben ja kein wirkliches Interesse daran, noch weitere Konflikte aufzumachen. Der Tendenz die bis zu einer Spaltung des Bündnisses führen könnte müssen wir unsere Solidarität und unseren Zusammenhalt entgegensetzen. Stattdessen gilt es das Bildungsstreikbündnis um weitere Gruppen,

wie Eltern oder Lehrende, zu erweitern und andere, vor allem Azubis, richtig zu integrieren. Und da gibt es viele Möglichkeiten: Wo im letzten Jahr wenn überhaupt oft nur eine Hand voll Auszubildende an den Protesten teilgenommen haben, gibt es Aktiventreffen zwischen Bildungsstreik- und Jugend-Auszubildendenvertretern, Pläne für gemeinsame Aktionen und eine Kooperation mit Jugendgewerkschaften. Das Erweitern des Bündnisses um Azubis und anderer Gruppen umso wichtiger, als dass die Jugendarbeitslosigkeit weiter steigt und in Zeiten der Krise gerade Jugendliche und junge Erwachsene zahlen sollen – ganz gleich ob Haupt-, Real- oder GymnasialschülerIn, Azubi, Studierender oder junge Beschäftigte.

Um dem etwas entgegen zu setzen braucht es aber mehr als eine quantitative Steigerung. So ist zum Beispiel ein Problem der Proteste bisher die sehr schwammige Formulierung der Forderungen. Denn bei Beibehaltung eines breiten Forderungskatalogs, würden zugespitztere, konkretere und vor allem aber auf einige wenige Kernthemen zentrierte Forderungen ermöglichen endlich auch einmal die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zu konfrontieren. Für kleinere Klassen ist heute jeder, die Frage ist nur ob bundesweit 2.000 oder 100.000 neue LehrerInnen eingestellt werden sollen um eine Klassengröße von 28 oder 15 bis 20 SchülerInnen zu garantieren.

Bei präziseren Forderungen ist sofort klar, ob die Politik sie voll, zur Hälfte oder gar nicht akzeptiert und damit unsere Aushandlungsposition einfacher. Denn bisher halten sich die konkreten Verbesserungen noch sehr im Rahmen. Teilweise wurden zwar die Anwesenheitslisten an den Unis abgeschafft und manche Prüfungsordnungen verbessert, aber wirklich tiefgreifende Verbesserungen wurden noch nicht in Angriff genommen.

Ein weiteres Problem sind die Strukturen, der Umgang mit Meinungsverschiedenheiten und Entscheidungsfindungsprozessen innerhalb des Bildungsstreiks. Elendig lange Debatten und undemokratische Verfahren schrecken neue AktivistInnen oft ab, und die bundesweiten Treffen können überhaupt nur von denen besucht werden, die ausreichend Zeit und Geld haben, um alle paar Monate durch die Bundesrepublik zu reisen.

Trotz der Probleme – der Bildungsstreik spielt eine wichtige Rolle im Widerstand gegen Bildungs- und Sozialabbau, Kürzungen und Entlassungen. Aus diesem Grund ist es auch ein richtiger Schritt, die Proteste des „Wir zahlen nicht für eure Krise“-Bündnisses am 12. Juni zu unterstützen. Der Schulterchluss auch mit Beschäftigten und Erwerbslosen, RentnerInnen und Gewerkschaften ist angesichts der kapitalistischen Krise und der drohenden Kürzungspläne in allen Bereichen, sehr wichtig. Die Bildungsmisere darf nicht losgelöst von anderen Problemen, Kürzungen im Bildungsbereich nicht losgelöst von Niedriglöhnen und Studiengebühren beispielsweise nicht losgelöst von der Kopfpauschale im Gesundheitssystem betrachtet werden. In allen Bereichen sollen wir zahlen. Gleichzeitig aber bekommen marode Banken und Konzerne weiterhin hunderte Milliarden zur Sicherung ihrer Profite. Solche gesamtgesellschaftlichen Analysen und auch Perspektiven können nur sehr bedingt im Bildungsstreik als solchem gemacht werden. An diesem Punkt sind Organisationen, wie zum Beispiel Linksjugend [solid] ein wichtiger Bestandteil der Bewegung, weil sie sich mit AktivistInnen, Erfahrungen und Ideen einbringen können, aber eben auch um ein weitergehendes Angebot zu machen, wie sich Jugendliche über den Bildungsstreik hinaus engagieren können und eine gesamtgesellschaftliche Perspektive bieten.

[Paula Rauch]

Wessen Schule?

Unsere Schule! - Ein Plädoyer

„Ihr seid eh alle unpolitisch“, „Ihr habt doch keine Ahnung, was gut für euch ist“ - solche und andere Statements hört man häufig, wenn man mit LehrerInnen und PolitikerInnen über die Mitbestimmung von SchülerInnen diskutiert. Doch mit dem bundesweiten Schulstreik 2008 konnten wir mit Hunderttausend demonstrierenden SchülerInnen zeigen, dass wir keine stumme, unpolitische Masse sind. Das Thema schulische Bildung und Mitbestimmung wurde wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Wir machten damit deutlich, dass auch wir Vorstellungen haben, wie Schulen aussehen sollen. Denn merken nicht gerade wir SchülerInnen Tag für Tag was in der Schule nicht richtig läuft?! Dass es uns nicht hilft, in überfüllten Klassen mit einer gestressten Lehrkraft zu sitzen. Dass wir besser lernen, wenn wir uns frei mit Dingen beschäftigen können und nicht nur frontal beschallt werden. Dass wir lieber voneinander

lernen und uns helfen, statt ständig in Konkurrenz stehen zu müssen. Doch Verbesserungen im Schulalltag und im gesamten Bildungssystem werden uns nicht geschenkt. Wir können nur wirklich Verbesserung erreichen, wenn wir dauerhaft auf unser Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung pochen und uns Verbündete suchen.

Aktive SchülerInnen, die sich für eine solidarische und freie Schule einsetzen, müssen sich untereinander austauschen und von den Erfahrungen anderer lernen. Wir müssen gemeinsam für eine bessere, eine gerechte, eine freie Schule streiten. Der Bildungstreik bietet eine Gelegenheit, bei vielen SchülerInnen ein Bewusstsein zu schaffen, dass politische Aktionen in und außerhalb der Schule nötig sind und dass wir die jetzige Situation nicht einfach hinnehmen müssen.

Lasst uns die jetzigen - wenn auch geringen - Möglichkeiten der SchülerInnenvertretung oder politischer Schul-AGs nutzen und unsere Rechte weiter ausbauen. Unser Ziel soll es sein, gleichberechtigt über alle Belange der Schule mitzudiskutieren und zu entscheiden. Wir müssen endlich mitbestimmen können, wie und was wir lernen.

Wenn du mehr über deine Möglichkeiten und Rechte als SchülerIn erfahren möchtest, du Bock hast auch an deiner Schule aktiv zu werden oder du schon aktiv bist und dich mit anderen SchülerInnen vernetzen willst, dann schreib eine Mail an bildungstreik@linksjugend-solid.de

[Juliane Pfeiffer]





Gipfel des Schavansinns

Die Bildungsministerin Annette Schavan kann es nicht fassen. „Ich nehme Sie ernst, aber ich erwarte auch, dass Sie uns ernst nehmen,“ ruft sie den Studierenden hinterher, die gerade aus Protest die Bologna-Konferenz verlassen. Es ist ein kleines Theater im großen Theater. Die Bildungsstreik-Aktivisten wollen nicht nur als Kulisse für die Schavan-Show herhalten. Einer von ihnen ist Ben Stotz, Bildungsstreik-Aktivist aus dem SDS. Als Schavan die schon vor Monaten versprochene Summe von zwei Milliarden Euro für die Hochschullehre als großen Erfolg der Konferenz feiern wollte, stand er auf und ging: „Die Finanzierung und das Recht auf einen Master für alle sind die Kernfragen bei Bologna. Wenn Schavan und die Kultusminister nicht bereit sind über diese Forderung ernsthaft zu diskutieren, haben wir hier nichts mehr verloren.“ Mit diesem Satz verlässt er das Podium, verteilt im Saal Flugblätter mit den Forderungen des Bildungsstreikbündnis und ruft zum Bildungsstreik am 9. Juni auf. Ansonsten läuft alles nach der Inszenierung der Bildungsministerin. Der Gipfel sollte ein Medienereignis sein, auf dem sich die CDU-Politikerin zusammen mit Hochschulrektoren und Studierenden, Vertretern der Wirtschaft und der Kultusministerkonferenz als Retterin der Reform darstellt. In ihrer Anfangsrede betonte sie, dass sie bei der angespannten Haushaltslage um „Geld für die Bildungskämpfe“ und bei dieser schwierigen Aufgabe wenigstens Teilerfolge erringen konnte. In den Bereichen der Studierbarkeit, der europaweiten Mobilität von Studierenden und bei der Anerkennung der neuen Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt sei man gemeinsam auf einem guten Kurs, so das Fazit ihrer 30-minütigen Rede. Später wird Schavan den Gipfel als starkes Signal für die Lehrewerten. Nicole Gohlke sieht das anders. Die hochschulpolitische

Sprecherin der LINKEN kritisierte: „Die zentralen Punkte des Bildungsstreiks, nämlich BAföG, Studiengebühren und die Forderung nach einem Masterzugang für alle wurden völlig ausgeblendet.“

Während Nicole Gohlke auf dem Bologna-Gipfel die Bildungsstreikforderungen vom Flyer vorliest und auf konkrete Ergebnisse drängt, sind der SDS-Aktivist Ben Stotz und die Bildungsstreik-Aktivisten schon unterwegs zum Gegengipfel. Nur zwei Kilometer vom Tagungsort entfernt kamen Schüler, Studierende und Professoren in der Humboldt-Universität in Berlin unter dem Motto „Stoppt den Schavansinn“ zusammen. Das Ziel: Die Schaffung eines Gegenpols zur Schavan-Show. Auch Bildungsstreik-Aktivistin Hannah Eberle aus Heidelberg war auf beiden Gipfeln: „Beim Gegengipfel sucht en Professoren und Studierende, also wirklich vom Bologna-Prozess Betroffene, gemeinsam nach Lösungen. Beim Bologna-Gipfel dagegen saßen die Professoren draußen vor der Tür und wurden nicht hineingelassen.“ Die Dauer des Bologna-Gipfel wurde noch kurz vor der Veranstaltung von zwei Tagen auf vier Stunden gekürzt. Aus ganz Deutschland wurden nur 22 Studenten und Studentinnen eingeladen, wohl aber Vertreter von Audi, Siemens, Telekom und der Hypo-Vereinsbank. „Eine Diskussion war vom Bildungsministerium auf dem Bologna-Gipfel nie vorgesehen“, fasst Hannah Eberle den Tag zusammen. „Annette Schavan hat heute bewiesen, dass sie nichts anderes kann, als den Leuten Sand in die Augen zu streuen und auf einem Konsens zu beharren, den es schlichtweg nicht gibt.“

[May Naomi Blank und Ole Vincent Guinand sind Redakteure der critica, die Zeitung von die Linke.SDS]

Die 3 Lügen der Ministerin

1. Finanzierungslüge

Schavan behauptet, mit 2 Milliarden Euro mehr wird die Lehre an den Unis verbessert. Wahr ist: Die 2 Milliarden werden auf 10 Jahre verteilt, sind also durchschnittlich nur 200 Millionen pro Jahr. Bei 370 Hochschulen und 2,2 Millionen Studierenden wären das derzeit 45 Euro mehr pro Kopf und pro Semester. Die Zahl der Studierenden wird jedoch weiter steigen, weil doppelte Abiturienten-Jahrgänge an die Unis kommen werden. Angesichts dessen hat der Wissenschaftsrat berechnet, dass für eine Verbesserung des Studiums mindestens das Zehnfache notwendig wäre. Während Schavan von geringen Erhöhungen in der Zukunft spricht, schafft ihr CDU-Kollege Roland Koch Kürzungen in der Gegenwart: Seine Landesregierung hat im März beschlossen, nächstes Jahr 54 Millionen Euro weniger für die Lehre an den hessischen Hochschulen auszugeben.

2. Studierbarkeitslüge

Schavan behauptet, viele Fächer ließen sich heute besser studieren. Wahr ist: Die Zahl der Studierenden ist gestiegen. Die Zahl der Dozenten nicht. Für sie hat sich der Verwaltungsaufwand stark erhöht, sodass für jeden Studierenden heute weniger Zeit zur Betreuung bleibt. Die Arbeitsbelastung der Studierenden ist deutlich gestiegen. Das Ziel der Kultusministerkonferenz sind 40 Stunden pro Woche. Gleichzeitig zählt vom ersten Tag an jede Note für den Abschluss. Wegen des Leistungsdrucks ist es heute schwieriger, neben dem Studium zu arbeiten. Doch nur noch 24 Prozent der Studierenden bekommen BAföG. Heute müssen 67 Prozent der Studierenden arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Trotzdem müssen die meisten Studierenden ab dem ersten Semester 500 Euro Studiengebühren zahlen. Jeder Fünfte bricht sein Studium ab, weil er es sich nicht mehr leisten kann.

3. Employability-Lüge

Schavan behauptet, die Studierenden würden von der Ausrichtung des Bachelor-Studiums auf „employability“ profitieren. Mit „employability“ ist die „Beschäftigbarkeit“ der Absolventen gemeint, also deren problemlose Eingliederung in der Arbeitsmarkt. Praktisch an den Bachelor-Absolventen ist aber vor allem, dass die Arbeitgeber ihnen durch die Verkürzung der Ausbildungszeit auf drei Jahre einen entsprechend niedrigeren Lohn zahlen kann. Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) freut sich über die „deutlich kürzeren Studienzeiten“ der Bachelor-Absolventen. Tatsächlich steckt hinter dem Label die Absage an ein selbstbestimmtes Studium, das sich auch mit tiefergehenden Themen beschäftigt. Dass Studierende tatsächlich auch studieren möchten und nicht nur „employable“ sein wollen, dass sie also lernen können, wissenschaftlich zu arbeiten – dies ist im neuen Bildungsideal nicht mehr enthalten.



Kampf gegen Bologna europaweit

[VIRGINIA DE CESARE aus Rom | 24 Jahre
Studentin der Biotechnologie]

Die Proteste überkamen Italien wie eine Welle, so bezeichneten es die Streikenden. Im Herbst 2008 beschloss die Regierung Berlusconi ein Gesetz, welches Einsparungen in Höhe von 1,4 Milliarden bei den öffentlichen Universitäten vorsah. Außerdem sollen in den Jahren 2009 bis 2011 nur 20% derjenigen Angestellten der Universität, die in Rente gehen, auch wieder durch neue Angestellte besetzt werden. Die Folgen dieser Politik sind fatal: Es fehlt an Lehrkräften, so dass die Qualität der Lehre immer schlechter wird. Die Unis werden privatisiert und Studierende müssen immer mehr Studiengebühren zahlen, die Arbeitslosigkeit steigt. Virginia de Cesare, Mitglied der kommunistischen Jugend (Giovani Comunisti), organisierte in einem Bündnis mit anderen Gruppen die Proteste, an der breite Teile der Bevölkerung beteiligt waren: „Das Rückgrat der Bewegung waren organisierte Gruppen. Aber ein erheblicher Teil der Bewegung waren Leute, die noch nie zuvor aktiv gewesen sind. Studierende, SchülerInnen, Auszubildende, LehrerInnen und DozentInnen waren dabei.“ Die Stärken der Proteste waren somit einerseits die Verankerung in der Bevölkerung und andererseits die Breite der Aktionsformen. Das gemeinsame Motto lautete: Wir zahlen nicht für eure Krise! „Die Schwäche der Bewegung war, dass es uns nicht gelungen ist, die jungen Menschen längerfristig zu organisieren. Und als dann mit Beginn des Jahres 2009 das Gesetz Wirklichkeit wurde, gelang es nicht mehr, die Menschen auf die Straße zu mobilisieren“, beschreibt Virginia das Einschlagen der Proteste. Obwohl Hunderttausende Menschen drei Monate lang gegen die Reform gekämpft hatten, konnte sie nicht verhindert werden. Trotzdem hatten SchülerInnen und Studierende gezeigt, dass sie in kürzester Zeit in der Lage waren, sich zu organisieren und massenhaft auf die Straße zu gehen. Virginia ist optimistisch, dass das auch bei den nächsten Kürzungen der Fall sein wird, die sich durch die anhaltende Krise schon abzeichnen: „Beim nächsten Mal sind wir schneller. Und erfolgreicher!“



[NTINA TZOUVALA aus Athen | 22 Jahre
Studentin der Rechtswissenschaften]

„Straßenschlachten an der Akropolis“ titelte der Spiegel, als es im Jahr 2007 erneut zu Protesten gegen das von der konservativen Regierung verabschiedete Hochschulrahmengesetz kam. Bereits 2006 hatte es beschlossen werden sollen, was durch Bildungsproteste zunächst verhindert wurde. Die Mehrheit der griechischen Universitäten war im Sommer dieses Jahres besetzt gewesen. Im März 2007 wurde das Gesetz, das die Privatisierung der Unis vorantreiben soll, dann mit den Stimmen von Konservativen und Sozialdemokraten durchgedrückt. Doch bis heute wird es aufgrund des Widerstands der Studierenden nur zu Teilen angewendet. Ntina Tzouvala, eine der SprecherInnen der Linksjugend Griechenlands (Neolaia Synaspismou), über die Gründe für den Erfolg war: „Wir haben gewonnen, weil die Bewegung vereint gegen das Gesetz gekämpft hat. Wir haben innerhalb der Beteiligten nicht nach Differenzen gesucht, sondern die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund gestellt. Und auch die griechische Bevölkerung unterstützte unsere Proteste. Dadurch war die Bewegung stark und setzte die Regierung unter Druck.“ Auf der anderen Seite ergaben sich auch Probleme aus den lang anhaltenden Auseinandersetzungen. Für viele junge Menschen war die alltägliche Einmischung in die Kämpfe zeitlich nicht möglich. Zudem wurde von den Möglichkeiten, die besetzten Universitäten für politische Diskussionen zu nutzen, mit der Zeit immer weniger Gebrauch gemacht. Die Besetzungen verloren zunehmend an Attraktivität. Doch die Erfolge aus dieser Zeit sind unbestreitbar: Die Umsetzung des neoliberalen Gesetzes wurde größtenteils verhindert und der öffentliche Charakter der Bildung verteidigt. „Außerdem haben wir den Studierenden und uns selbst bewiesen, dass der Kampf um unsere Rechte sinnvoll ist. Wir haben den Mythos zerstört, dass die Linke nicht gewinnen kann“, so Ntina, die hoffnungsvoll nach vorne schaut. Denn nachdem es zuletzt etwas ruhiger um die Bildungsstreikenden geworden war, bekam die Bewegung mit der Krise des Euro und dem drohenden Staatsbankrott Griechenlands neuen Auftrieb. Die Studierenden gehen nun gemeinsam mit ArbeiterInnen auf die Straße und protestieren gegen die Sparpläne der sozialdemokratischen Regierung und der damit verbundenen Neoliberalisierung des Landes. Ntina: „Wir sind die ArbeiterInnen von morgen, die den ganzen Tag arbeiten sollen, ohne etwas zu verdienen. Diese Zukunft werden wir nicht akzeptieren!“ Der nächste Generalstreik ist schon angekündigt.



Wer wir sind: Linksjugend ['solid]



So radikal wie die Wirklichkeit

Wir haben uns als bundesweiter Jugendverband zusammengeschlossen, weil wir unsere Ziele so am besten erreichen können. Im ganzen Land sind wir mit Gruppen in Dörfern und Städten aktiv, demonstrieren gegen den Überwachungsstaat, blockieren Naziaufmärsche, streiten gegen Notenstress und soziale Auslese im Schulsystem, fordern Ausbildungsplätze für alle und vieles mehr. Wir diskutieren politische Themen und bilden uns auf Seminaren und Konferenzen weiter, um neue Positionen entwickeln und vertreten zu können. International vernetzen wir uns mit anderen linken Jugendverbänden in endyl, dem "European Network of Democratic Young Left", organisieren Camps und Fahrten, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam stärker für unsere Ziele einzutreten.

Lebe den Widerstand

280 Mio. Menschen sind unterernährt, die bestehende Landwirtschaft könnte jedoch die doppelte Weltbevölkerung ernähren. Von diesen Beispielen gibt es viele. Für uns ist klar: Ein derart blutiges Wirtschaftssystem gehört bekämpft. Dafür braucht es Visionen, Utopien, Konzepte. Wir wollen eine kooperative Wirtschaft in einer von Mitbestimmung und Freiheit geprägten Gesellschaft, nicht in ferner Zukunft, sondern so schnell wie möglich! Die Überwindung kapitalistischer Produktions- und Herrschaftsverhältnisse ist dafür notwendig. Wir streiten für eine Welt, in der alle Zugang zu Medizin, Nahrung und Bildung haben, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg - ergo ein menschenwürdiges Leben für alle! Wir nennen es Sozialismus oder Kommunismus, andere nennen es schlicht eine bessere Welt: Wofür wir kämpfen, ist eine freiheitliche Gesellschaft jenseits vom Kapitalismus.

Mach Bambule, mach selber Schule!

Mit Gruppen in über 190 Städten und Hochschulgruppen unseres Studierendenverbandes Linke.SDS an über 40 Hochschulen ist Linksjugend ['solid] bundesweit gut vernetzt und bietet so viele Möglichkeiten, politisch aktiv zu werden. Wenn du auch aktiv werden willst, komm doch einfach mal vorbei!

linksjugend
['solid]

dielinke.sds

www.bildungsblog.mobi

ich möchte:

- Mitglied werden
- Infos über Linksjugend ['solid]
- 'n dicken Stapel strike - Zeitungen

Name

Adresse

Tel / Handy

Email

*ausschneiden, abschicken:
Linksjugend ['solid] e.V. | kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin